

16.01.2026 | Wirtschaft

Bernd Buchholz: Landesregierung muss bei Northvolt endlich mit offenen Karten spielen

Anlässlich der Berichterstattung im shz zum massiven Wertverlust des Northvolt-Geländes in Heide erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Bernd Buchholz:

„Mehr als 300 Millionen Euro Steuergeld wurden in das Northvolt-Gelände verbaut, aber laut KPMG-Gutachten soll das Grundstück heute deutlich weniger wert sein als vorher. Das widerspricht sämtlichen Bodenpreisentwicklungen der vergangenen Jahre. Umso merkwürdiger, dass die Landesregierung dem KPMG-Gutachten blind vertraut und den Preisverfall nicht hinterfragt. Die Landesregierung sollte sie sich noch einmal fragen, wer das Gutachten eigentlich zu welchem Zweck beauftragt hat. Bisher haben Daniel Günther und Claus Ruhe Madsen außerdem immer gesagt, die verausgabten Mittel der Wandelanleihe seien nicht verloren, sondern in Schleswig-Holstein investiert und verbaut. Wie kann es sein, dass ein dreistelliger Millionenbetrag jetzt zu einer Wertminderung statt zu einer Wertsteigerung führt? Die Landesregierung muss zusammen mit der Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche den dichten Nebel lichten.“

Auch beim StaRUG-Verfahren gibt die Landesregierung wieder nur häppchenweise Einzelinformationen an die Öffentlichkeit. Es ist an der Zeit, auch gegenüber den Steuerzahlern vollständige Transparenz über das StaRUG-Verfahren herzustellen. Längst müssen keine Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen geschützt werden, bei der Salamiaktik der Landesregierung geht es nur noch darum, politisch unbequeme Botschaften zu verschleiern.

Da dem Parlament aufgrund der Vertraulichkeitsauflagen der Landesregierung die Hände gebunden sind, lässt sich allgemein sagen: Das Unternehmensstabilisierungs- und restrukturierungsgesetz (StaRUG) ermöglicht eine Vielzahl an Gestaltungsmöglichkeiten, durch die sich die Struktur eines Unternehmens massiv ändern kann. So lassen sich mit dem StaRUG zum Beispiel bestehende Forderungen von Gläubigern ändern, neue Finanzierungen regeln oder sogar die Besitzverhältnisse ändern. Da wir es hier immer noch mit Steuergeld zu tun haben, hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf zu erfahren, ob bei Northvolt in Heide diesbezüglich etwas vorgesehen ist. Die Landesregierung muss endlich mit offenen Karten spielen.“



Bernd Buchholz

Sprecher für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Innen & Recht, Justiz,
Wohnungsbau, Kommunales, Medien, Digitalisierung, Migration,
Extremismus/Verfassungsschutz, Polizei, Datenschutz, Landesplanung,
Zusammenarbeit HH-SH

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de